

Schluss der Beratung sind und zur Abstimmung kommen können.

Zunächst stimmen wir über den **Antrag** der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP **Drucksache 14/5217 – Neudruck** – ab. Die antragstellenden Fraktionen haben direkte Abstimmung beantragt, sodass wir zur selbigen kommen können. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP **angenommen**, bei Neinstimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des fraktionslosen Kollegen Sagel sowie bei Stimmenthaltung des Kollegen Schittges.

(Zurufe)

– Okay, bei Enthaltung der Kollegen Schittges und Kaiser, Fraktion der CDU. Der Antrag ist trotzdem mit großer Mehrheit angenommen.

Ich lasse nun über den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/5223** abstimmen. Der Ältestenrat hat empfohlen, diesen Antrag an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** zu **überweisen**. Im federführenden Ausschuss soll die abschließende Beratung und Abstimmung in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das mit Zustimmung aller Fraktionen und des fraktionslosen Abgeordneten Sagel angenommen.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

4 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Nachtragshaushaltsgesetz 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4460

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/5240

zweite Lesung

dritte Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile als erstem Redner dem Kollegen Möbius für die Fraktion der CDU das Wort.

Christian Möbius (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Nachtragshaushalt für das Jahr 2007 liegt uns ein Gesetzentwurf der Landesregierung vor, der sich vor allem dadurch auszeichnet, dass Steuermehreinnahmen zu verzeichnen sind, und zwar nach dem Ergebnis der aktuellen Steuerschätzung in einer Größenordnung von rund 1,4 Milliarden €. Hinzu kommen Minderausgaben beim Länderfinanzausgleich von etwa 150 Millionen €, sodass sich eine Haushaltsverbesserung von mehr als 1,5 Milliarden € ergibt. Das ist eine gute Nachricht für die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP – Ewald Groth [GRÜNE]: Und was machen Sie damit?)

An dieser Stelle sei daran erinnert, Herr Kollege Groth, dass auch die rot-grünen Vorgängerregierungen immer Nachtragshaushalte dem Hohen Haus vorgelegt haben. Der Unterschied war nur: Stets waren höhere Schulden und eine höhere Nettokreditaufnahme festzustellen.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Sie haben Glück gehabt!)

Da die rot-grünen Vorgängerregierungen bei ihren Haushaltseinbringungen unrealistisch hohe Steuereinnahmen veranschlagt und die Ausgaben wider besseres Wissen zu niedrig angesetzt hatten, um die scheinbare Verfassungsmäßigkeit zu wahren, mussten die Nachtragshaushalte von Rot-Grün zwangsläufig den Realitäten angepasst werden. Die Folge: Immer höhere Schulden und am Ende der Regierungszeit von Rot-Grün 112 Milliarden € Schulden. Allein für diese Schulden von Ihnen, meine Damen und Herren von der vereinigten Opposition – da beziehe ich den Kollegen Sagel mit ein –, zahlen wir jedes Jahr 4,7 Milliarden € Zinsen. Das sind etwa 10 % des Haushaltes. Mit diesem unverantwortlichen Finanzgebaren hat die neue Landesregierung Schluss gemacht. Allein hierfür gebührt ihr der Respekt des Parlaments als Haushaltsgesetzgeber.

(Beifall von CDU und FDP)

Seit die neue Landesregierung im Amt ist, werden realistische Zahlen angesetzt und wird eher vorsichtig kalkuliert, als Phantasiezahlen zu verwenden. Respekt, Herr Finanzminister! Die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP stehen zur Konsolidierungspolitik und zu einer Finanzpolitik,

die zu Recht mit dem Geschäftsgebaren eines ehrlichen und vorsichtigen Kaufmanns verglichen wird.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man in die Einzelheiten des Nachtragshaushaltes einsteigt, so fällt auf, dass den höheren Einnahmen eben nicht wie in Zeiten von Rot-Grün höhere Ausgaben gegenüberstehen. Wir verfrühstücken nicht die höheren Einnahmen zu konsumtiven Zwecken, sondern setzen das um, was wir zuvor angekündigt haben: Wir senken die Nettokreditaufnahme, um von der astronomisch hohen Verschuldung endlich herunterzukommen. Deshalb werden 885 Millionen € der Steuermehreinnahmen für die Absenkung der Nettoneuverschuldung verwendet.

Auch der weitere große Posten dieses Nachtragshaushaltes dient einer nachhaltigen und generationenverträglichen Finanzpolitik. 680 Millionen € werden der Versorgungsrücklage des Landes Nordrhein-Westfalen zugeführt. Mit Mitteln aus der Versorgungsrücklage werden die in Zukunft anfallenden Pensionsansprüche der Landesbeamten bedient.

Auch bei diesem Punkt beseitigen wir Mängel der Finanzpolitik von Rot-Grün. Infolge knapper Kassen hat die alte Landesregierung kurzerhand das Versorgungsgesetz 2001 geändert und die zwischen Bund und Ländern vereinbarte Zuführung zu der Rücklage ausgesetzt. Eine nachhaltige Politik für die Beamten in diesem Lande sieht anders aus, meine Damen und Herren.

Mit dem einmaligen Zuführungsbetrag von 680 Millionen € gleichen wir die unterbliebenen Zuführungen zur Versorgungsrücklage aus. Dies findet den Beifall der gesamten Beamtenschaft und ihrer Vertreter und sogar den Beifall des DGB, wie es Herr Schneider in der Anhörung letzte Woche deutlich gemacht hat.

Auch die Sachverständigen des RWI und des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts an der Universität zu Köln beurteilen die Zuführung zur Versorgungsrücklage positiv. Entgegen allen Unkenrufen der Opposition stellen die Wissenschaftler fest, dass die schuldenfinanzierte Rücklage einen Beitrag zur fiskalischen Nachhaltigkeit leistet, da sie den Konsolidierungsdruck aufrechterhält. Diese auf Solidität fußende nachhaltige Finanzpolitik wird von den Koalitionsfraktionen ausdrücklich unterstützt und verdient Respekt.

Auch das Instrument des Versorgungsfonds wird von der neuen Landesregierung konsequent fort-

geführt. 500 € pro Monat pro Angestelltem werden dem Versorgungsfonds zugeführt. Angesichts der Haushaltslage ist das kein leichtes Unterfangen, aber eine zwingende Notwendigkeit, um den Ansprüchen der Versorgungsempfänger im Alter Rechnung tragen zu können.

Anders als die Landesregierung von Rheinland-Pfalz mit ihrem sozialdemokratischen Finanzminister Deubel tricksen wir dabei nicht herum. Wir machen es nicht so, dass wir die Zuführung zum Versorgungsfonds den Investitionen zurechnen, um bessere Haushaltskennzahlen zu erhalten.

Nein, meine Damen und Herren, unser Verständnis von Haushaltstransparenz und Haushaltsklarheit ist ein anderes. Jeder kann die Zahlen aus dem Haushalt klar erkennen. Es gibt keine Schattenhaushalte und auch keine geschönten Zahlen, wie das zu Zeiten von Rot-Grün an der Tagesordnung gewesen ist.

Bemerkenswert ist, dass die Oppositionsfraktionen zu dem von der Landesregierung eingebrachten Nachtragshaushalt 2007 nicht einen einzigen Änderungsantrag gestellt haben. Das ist wahrlich kein Ruhmesblatt für die Opposition. Es zeigt aber auch, dass die Politik der Landesregierung und der sie tragenden Koalitionsfraktionen offensichtlich ohne Alternative dasteht. Dies ist ein weiterer Grund, dem Finanzminister und seiner Politik Respekt zu zollen.

Mit dem Nachtragshaushalt 2007 setzen wir den konsequenten und alternativlosen Konsolidierungskurs in der Finanzpolitik fort.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das hat er Ihnen versprochen!)

Wir haben den Ehrgeiz und das Ziel, Herr Kollege Groth, möglichst bald zu einem ausgeglichenen Landeshaushalt zu kommen. Wir sind dabei auf einem guten Weg – auch wenn unser Erfolg die Opposition natürlich ärgert. Wir gehen diesen Weg aber zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen konsequent weiter. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Möbius. – Für die Fraktion der SPD spricht nun die Kollegin Walsken.

Gisela Walsken (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Möbius, das war eine großartige Rede –

(Demonstrativer Beifall von der CDU)

aber nur insofern, als ich mich frage: Was machen Sie denn, wenn Sie an den Sitzungen des Haushalts- und Finanzausschusses teilnehmen? Dass Sie sich hierhin stellen und eine Lobrede auf den Finanzminister halten, ist okay. Dass der Finanzminister das gern hat, ist auch okay. Aber dass Sie an jeder Realität vorbeierargumentieren, nur um den Finanzminister zu feiern, hätte ich Ihnen nicht zugetraut.

(Beifall von SPD und Ewald Groth [GRÜNE])

Deshalb ist für Haushälter der Blick auf die Zahlen und in die Haushalte immer hilfreich. Nun sagen Sie hier: Wahnsinn, es gibt höhere Steuereinnahmen. – Herr Kollege Möbius, ich sage Ihnen: Sie können überhaupt nichts dafür. Das hat damit zu tun, dass die Konjunktur anspringt und dass es in Berlin unter Rot-Grün richtungweisende, kostensparende Beschlüsse gegeben hat. Von denen profitieren Sie jetzt.

(Beifall von SPD und Ewald Groth [GRÜNE])

Herr Kollege Möbius, außerdem hat es etwas damit zu tun, dass auch die Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen, als die Steuereinnahmen gar nicht so intensiv flossen, einen massiven Sparbeitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts geleistet hat, indem sie auf Urlaubs- und Weihnachtsgeldanteile verzichtet hat. Davon profitieren Sie heute in Form von reduzierten Personalkosten. Das hatte ursächlich damit zu tun, dass wir in den Jahren 2002, 2003, 2004 bis Anfang des Jahres 2005 deutlich sinkende Steuereinnahmen hatten, Herr Kollege Möbius. Jeder in diesem Land hat das gespürt.

Ich sage Ihnen: Es ist nicht anständig, wenn Sie die Beiträge, die die Menschen in Nordrhein-Westfalen in dieser Zeit zur Konsolidierung des Haushalts geleistet haben, hier nicht einmal erwähnen. Das halte ich für nicht in Ordnung.

(Beifall von SPD und Ewald Groth [GRÜNE])

Es ist natürlich leicht, zu sagen: Die Steuerquellen sprudeln, uns geht es gut, und wir haben weiter an einer verantwortlichen Sparpolitik im Land Nordrhein-Westfalen Anteil.

Herr Kollege Möbius, wenn ich sehe – die Zahlen sind sehr einfach nachzuvollziehen –, dass Sie mittlerweile 6,8 Milliarden € mehr Steuereinnahmen in der Kasse haben, ohne in diesem Haushalt auch nur einen Euro zu sparen, und gleichzeitig die Schulden lediglich um 3,5 Milliarden € sinken, frage ich Sie heute: Wo wird denn das vollmundig verkündete Versprechen eingelöst, dass

jeder zusätzliche Euro in den Schuldenabbau fließt? Erklären Sie der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen, wo Sie den Differenzbetrag von 3,2 Milliarden € gelassen haben!

(Beifall von der SPD – Ewald Groth [GRÜNE]: Verpulvert!)

Wenn Sie das nicht erklären können und auch der Finanzminister nicht, dann geht das Bild vom ehrlichen Kaufmann verloren. Dann fällt auch der Verfassungsbruch, dessen Vorliegen das Münsteraner Gericht bestätigt hat, in die Waagschale.

Herr Kollege Möbius, dann fällt auch auf, dass der Finanzminister in den ersten Amtsjahren die Steuermehreinnahmen systematisch heruntergerechnet hat und wir dann erst in den Nachtrags Haushalten zusätzliche Steuermehreinnahmen zu verbuchen hatten, obwohl im Laufe des Jahres schon klar geworden war, dass es mehr Geld geben würde.

Wenn Sie sich einmal anschauen – es ist das Schöne, dass wir Haushälter immer die Möglichkeit haben, uns die Zahlen anzusehen –, wie viele zusätzliche Steuereinnahmen im Vergleich zum letzten Jahr allein bis September in die Kassen gesprudelt sind, wobei die Einkommensteuerzuwächse den größten Anteil haben, stellen Sie fest, dass es über 3,2 Milliarden € sind.

Wenn Sie heute erklären, 680 Millionen € sollen in den Pensionsfonds, und dies sei eine Großtat, dann sage ich Ihnen, Kollege Möbius: Es ist traurig, denn Sie hätten mittlerweile jedes Jahr deutlich höhere Summen aus den Steuermehreinnahmen in den Pensionsfonds hineinführen können.

(Beifall von Ewald Groth [GRÜNE])

Aber nein, das haben Sie gelassen. Sie haben den Fonds nicht, wie damals unter den Bundesländern verabredet, bedient – das war noch zu Zeiten, als wir geringere Steuereinnahmen hatten –, und Sie haben trotz höherer Steuereinnahmen in Nordrhein-Westfalen 2005 und 2006 kein Geld in den Pensionsfonds getan. Sie versuchen jetzt, das mit 680 Millionen € zu korrigieren, weil Sie genau wissen: Spätestens im übernächsten Jahr werden Sie das Geld für andere Dinge brauchen, weil wir uns auf die Wahljahre 2009 und 2010 zubewegen. Ich sage Ihnen: Das ist wahrlich kein Ruhmesblatt.

Meine Damen und Herren, wichtig ist, dass wir uns heute mit dem Nachtrag das Haushaltswerk 2007 insgesamt noch einmal anschauen können. Wir stellen dazu drei Punkte fest. Erstens: Dieser Haushalt ist kein Sparhaushalt. Zweitens: Er ist nicht der Haushalt, in dem das, was Minister Lins-

sen und diese Landesregierung angekündigt haben, umgesetzt wird, nämlich dass jede zusätzliche Steuereinnahme zum Abbau der Schulden verwendet wird. Und drittens: Es ist ein Haushalt, in dem die Ausgaben noch einmal deutlich steigen.

Meine Damen und Herren, wenn man resümiert, dann stellt man fest, dass diese Landesregierung, seitdem sie im Amt ist, mehrere Milliarden an Ausgabenzuwachs zu verzeichnen hat, dass sie 3,5 Milliarden € zusätzlich Steuern hatte, dass sie mittlerweile für 2008 bei über 51 Milliarden Haushaltsvolumen den höchsten Ausgabenstand aufweist und dass alles, was damals im Jahre 2005 von Finanzminister Linssen mit den ersten Haushaltsreden angekündigt worden ist, nicht eingetreten ist.

Meine Damen und Herren, dieser Nachtragshaushalt ist ein Haushalt, der dem Kriterium folgt: zusätzliche Ausgaben. Es ist kein Sparhaushalt. Und es ist kein Haushalt, der besondere Akzente setzt.

Dass der Pensionsfonds bedient wird – ich sage es ausdrücklich noch einmal in Richtung CDU-Fraktion –, findet unsere ausdrückliche Zustimmung. Wir sind für diesen Pensionsfonds. Wir haben ihn selbst für die Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen eingerichtet. Wir kritisieren allerdings, dass diese Summe zu gering ist und dass man bereits im letzten Jahr und im vorletzten Jahr hätte entsprechend Geld zuführen können.

Meine Damen und Herren, deshalb werden wir diesem Nachtragshaushalt nicht zustimmen, obwohl wir zum Pensionsfonds stehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Walsken. – Frau Freimuth spricht nun für die FDP-Fraktion.

Angela Freimuth (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir verabschieden mit diesem Nachtragshaushalt, dem wir als FDP-Fraktion auch zustimmen werden, heute zum wiederholten Mal einen Nachtragshaushalt, mit dem auch die Steuereinnahmen nach oben zu korrigieren sind. Das ist erfreulich.

Die Gründe dafür sind in der erstarkenden Konjunktur zu sehen und darin, dass es durch ein Zusammenspiel unterschiedlicher Maßnahmen, die auch auf der Bundesebene in den letzten Jahren

ergriffen worden sind – das ist nicht zu negieren –, gelungen ist, auch zu einer Absenkung der Erwerbslosenquote zu kommen. Damit haben wir wieder mehr Menschen in Arbeit, die Steuern zahlen können und die in die Sozialversicherungskassen zahlen. Und das entlastet an der Stelle die öffentlichen Haushalte durch Steuernehmereinnahmen.

Die Steuernehmereinnahmen in Höhe von 1,4 Milliarden € werden mit diesem Nachtragshaushalt zur Reduktion der Neuverschuldung verwendet. Alle im Laufe des Jahres notwendig gewordenen Mehrausgaben werden auch durch Einsparungen an anderer Stelle im Haushalt aufgefangen.

Während der überwiegende Teil dieser Steuernehmereinnahmen in die Absenkung der Nettoneuverschuldung fließt, leisten wir mit 680 Millionen € auch einen Beitrag zu einer nachhaltigen Vorsorge mit Blick auf kommende Haushalte und auf Belastungen nachfolgender Generationen, die ja durch die Schattenverschuldung der Pensionsverbindlichkeiten bereits heute begründet sind.

Wir alle wissen, dass sich die Pensionsausgaben bezüglich der Belastungswirkungen künftiger Haushalte von der expliziten Staatsverschuldung unterscheiden. Die Pensionszahlungen – das wissen wir auch – werden in den kommenden Jahren von derzeit 4,4 Milliarden € auf einen Höchststand von schätzungsweise 7 Milliarden € im Jahr 2025 stark ansteigen.

Schauen wir uns einmal die langfristige Perspektive an: Im Jahre 2050 werden wir durch das, was heute schon an Pensionsverbindlichkeiten begründet ist, Belastungen für den Landeshaushalt in Höhe von insgesamt 275 Milliarden € zu bewältigen haben. Wenn ich sage „wir“, dann ist das in diesem Fall nicht ganz zutreffend, weil es insbesondere die nachfolgenden Generationen sind, die diese Verbindlichkeiten abzutragen haben.

Deswegen dürfen es nicht zulassen, dass wir die Gestaltungsspielräume nachfolgender Generationen, aber auch nachfolgender Gesetzgeber noch weiter einengen. Wir müssen diese über Jahre und Jahrzehnte falsche Politik der immer höher steigenden Nettokreditaufnahme und damit der immer höher steigenden Gesamtverschuldung durchbrechen. Das sind wir nachfolgenden Generationen einfach schuldig.

Die bisherige Schattenverschuldung durch Pensionsverbindlichkeiten wurde nie in unseren Haushalten ausgewiesen, was auch zum Teil am Hausrecht liegt. Wir arbeiten ja gemeinsam daran, dass wir zu einem veränderten Haushaltsrecht kommen, bei dem wir auch solche verdeckten Verschuldungen, Schattenverschuldungen in den

Haushalt hineinnehmen, Rücklagen bilden und damit zu einem transparenteren Haushalt kommen können. Wir arbeiten daran, dass wir wieder zukunfts- und generationengerechte Haushalte bekommen.

Mit der Zuführung an die Versorgungsrücklage mit dem vorliegenden Nachtrag haben wir einen ersten Schritt getan. Ich bedanke mich bei Frau Walsken, die gerade ausdrücklich anerkannt hat, dass sie für die Zuweisung zu dem Pensionsfonds ist.

Es ist richtig, dass dieser Pensionsfonds seinerzeit noch von der Vorgängerlandesregierung auf den Weg gebracht worden ist – das aber auch, weil sich damals nachdrücklich alle Fraktionen in diesem Parlament, auch die damaligen Oppositionsfraktionen, die heute Regierungsverantwortung tragen, für den Pensionsfonds ausgesprochen haben, weil wir immer wieder gesagt haben: Wir müssen heute Rücklagen bilden, um die Schattenverschuldungen und die Pensionsverbindlichkeiten insbesondere im Interesse nachfolgender Generationen abzufedern und abzubilden.

Meine Damen und Herren, wir haben vielfach darüber diskutiert, ob es verantwortbar und vertretbar ist – weil auch wir mit diesem Nachtragshaushalt dennoch die Nettokreditaufnahme nicht auf null setzen können –, trotz der Aufnahme von Krediten eine Rücklage zu einem Pensionsfonds zu bilden. Ich sage: Aus den Gesichtspunkten der Haushaltsklarheit, Haushaltswahrheit und Transparenz heraus ist es zwingend notwendig, dass wir die Verbindlichkeiten, die wir mit jeder Berufung und Ernennung eines Beamten bereits heute begründen und auch im Haushalt abbilden. Ich würde mir wünschen, dass wir diesen Weg gemeinsam miteinander gehen.

Die grundsätzliche Bejahung wird auch von der Wissenschaft geteilt. Manchmal ist man überrascht, von welchen Seiten Unterstützung für dieses Vorhaben kommt. Ich habe mich sehr gefreut, dass in der letzten Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses auch der Vertreter des DGB die Zuführung an den Pensionsfonds als gut und richtig anerkannt hat.

Es geht darum, dass wir einen Konsens darüber erreichen, solche transparenten Haushalte aufzustellen und auch die Rücklagen für bereits heute bestehende Verschuldungen zu bilden, und dafür eine gesellschaftliche Akzeptanz bekommen.

Meine Damen und Herren, richtig ist natürlich – der Hinweis ist gerade ganz zaghaft gekommen –: Wir können nicht in sechs Jahren, die wir jetzt über den Pensionsfonds diskutieren, in denen wir

Zuführungen in den Pensionsfonds vorgenommen haben, die Defizite der letzten 50 Jahre ausgleichen. Das ist die Zeit, in der versäumt worden ist, solche Rücklagen für Pensionsverbindlichkeiten zu begründen. Deswegen muss man in der Tat, Frau Kollegin Walsken, an irgendeiner Stelle anfangen. Sie haben das seinerzeit getan. Wir setzen das fort, weil es richtig ist. Wir führen jetzt 680 Millionen € aus den Steuermehreinnahmen dem Pensionsfonds zu, weil es im Interesse nachfolgender Generationen richtig ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einen Hinweis möchte ich noch im Hinblick auf die Wortmeldung meiner geschätzten Kollegin von der SPD zu der Frage der Nettokreditaufnahme geben: Es ist eben nicht so, dass Sie seinerzeit neue Schulden nur in den Zeiten aufgenommen haben, in denen die Steuereinnahmen niedriger ausgefallen sind, als Sie sie immer durchaus optimistisch kalkuliert hatten. Sondern in der Vergangenheit sind auch neue Schulden aufgenommen worden, obwohl es höhere Steuereinnahmen gab, als sie zunächst in den Prognosen und in den Haushaltsansätzen angenommen worden sind. Das wissen wir alle. Das sollte man der Fairness halber auch sagen.

(Gisela Walsken [SPD]: Machen Sie ja auch!)

– Ja, Frau Kollegin. Auch wir nehmen neue Schulden auf, aber von Jahr zu Jahr weniger. Wenn Sie in die Zahlenwerke der Haushalte und auch in die mittelfristige Finanzplanung schauen, werden Sie deutlich erkennen können, dass bei uns nicht nur im Koalitionsvertrag steht, dass wir die Nettoneuverschuldung auf null zurückfahren und auch Schulden abbauen wollen, sondern dass wir tatsächlich eine Konsolidierungsstrategie im Auge haben, und das strategische Ziel auch erreichen werden. Das wird einer der größten Unterschiede zwischen der Politik der Vergangenheit und der heutigen Politik sein. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Freimuth. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Herr Kollege Groth.

Ewald Groth (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Genau, Frau Freimuth, man kann erkennen, dass sich von früher zu heute etwas verändert hat, aber es ist nichts besser geworden.

(Beifall von der SPD)

Sie haben die Situation für den Landeshaushalt und für das Land Nordrhein-Westfalen bislang jedenfalls nicht verbessern können. Wir diskutieren heute über einen Haushalt, der mit einem Nachtrag versehen worden ist. Das heißt, wir diskutieren auch über den gesamten Haushalt des Jahres 2007. Das müssen Sie sich schon gefallen lassen. Dieser Haushalt hat eindeutig falsche Schwerpunktsetzungen. Die korrigieren Sie mit diesem Nachtrag nicht, sondern Sie vollziehen nur nach, dass es Steuerermehreinnahmen gegeben hat, und Sie schieben etwas in die Versorgungsrücklage, was aus meiner Sicht ein reiner Buchungstrick ist. Sie versuchen, dort zu verschleiern. Das hat nichts mit Transparenz zu tun; dazu komme ich aber später noch.

Es ist ein Haushalt der falschen Schwerpunktsetzungen. Sie müssen sich schon gefallen lassen, dass man Ihnen das noch einmal sagt. Sie vollziehen hier nur die Steuerermehreinnahmen nach und machen den Buchungstrick, aber es bleibt bei dem großen Änderungsbedarf, den wir Ihnen schon im Herbst 2006 zu den Haushaltsberatungen für das Jahr 2007 signalisiert haben.

Sie haben jetzt den Schneid, bei Steuerermehreinnahmen in ungeahnter Höhe nicht in einem Punkt das zu korrigieren, was Sie damals falsch gemacht haben, was wir Ihnen zu Recht vorgehalten haben. Wenn Sie sagen, Herr Möbius, Sie hätten keine Änderungsanträge gestellt, dann reiche ich Ihnen gleich gerne die acht Seiten Änderungsanträge der Grünen herüber. Sie haben nicht korrigiert.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie hätten mit diesem Nachtragshaushalt die Gelegenheit gehabt, Ihre unsoziale Politik, die nicht ökologisch und nicht zielführend für das Land Nordrhein-Westfalen ist, wenigstens in den ärgsten Fehlern zu korrigieren. Wir stimmen ja nicht in allem überein, aber Sie haben viele Fehler gemacht und in diesem Nachtragshaushalt nicht auf Änderungsanträge reagiert, was Sie angesichts des Geldes, das Ihnen zugeflossen ist, und das Sie sich nicht verdient haben, hätten machen können.

Gemessen an Ihren eigenen Versprechungen, die Sie gemacht haben, bevor Sie in Nordrhein-Westfalen in die Regierungsverantwortung gekommen sind, sind Sie in jeder Beziehung gescheitert. Sie sind gescheitert, denn Sie haben den Haushalt nicht deutlich konsolidieren können. Zum wiederholten Male schaffen Sie das nicht, auch mit diesem Nachtragshaushalt nicht. Sie haben die Nettoneuverschuldung zwar herunterfah-

ren können, aber Sie haben sie nicht beseitigt. Sie werden als diejenigen in die Geschichte eingehen, die die höchste Nettoneuverschuldung in Nordrhein-Westfalen zu verantworten haben und gleichzeitig auch das höchste Ausgabenvolumen. Das ist ja das Interessante. Dann kommt im dritten Schritt noch dazu, dass Sie nicht nur die Neuverschuldung hochtreiben auf das höchste Niveau, das wir je hatten, und das höchste Ausgabenvolumen haben, sondern dann auch noch eine Politik betreiben, die in höchstem Maße unsozial und unökologisch ist.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich gebe Ihnen auch Beispiele dafür.

Ein Beispiel ist die Schulmilch. Der Förderbetrag für die Schulmilch wurde von Ihnen im letzten Jahr um 85 % gekürzt. Sie hatten den Schneid, diesen Betrag um 85 % zu kürzen. Diese Unterstützung ist eine geringe Summe, Herr Möbius. Aber lassen Sie sich das auf der Zunge zergehen; das können Sie auch alles nachprüfen. Sie haben also die Förderung für die Schulmilch reduziert. Die Kinder bekommen so aber eine subventionierte gute Milch, einen Nahrungsbestandteil.

Jetzt kommen wir in die Diskussion über die Förderung für das Mittagessen. Jetzt ziehen Frau Sommer – ich bin ihr sehr dankbar dafür – und Herr Uhlenberg durchs Land, die beiden, die sich damals nicht gewehrt haben – zumindest ist uns das nicht bekannt geworden –, im Schlepptau Herrn Seehofer,

(Beifall von der SPD)

und sagen: Das mit der Schulmilch ist aber Klasse, da müssen wir mal was tun. – Im letzten Jahr haben Sie die Förderung dafür um 85 % gekürzt!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist nicht nur unsozial, das ist unökologisch, und das ist ein Kampf gegen die Kinder, den Sie auch in anderen Haushaltsbereichen führen, zum Beispiel mit dem KiBiz, über das wir heute Morgen schon genug diskutiert haben.

Das ist der Haushalt 2007.

(Christian Lindner [FDP]: Das müssten Sie als Haushaltspolitiker besser wissen!)

Für die Förderung der Schulmilch hätten Sie nur eine halbe Million in die Hand nehmen müssen. Besser wären natürlich 2 Millionen €. Aber für ein Mittagessen wäre es ein zweistelliger Betrag. Doch nicht einmal Ihre Entscheidung zur Kürzung bei der Schulmilch haben Sie korrigiert, wo es nur um eine halbe Million Euro gegangen wäre. Auch

da hatten Sie nicht den Schneid, mit diesem Nachtragshaushalt Ihre unsoziale und unökologische Politik, die sich gegen Kinder und Familien richtet, zu korrigieren. Das haben Sie nicht getan. Das werde ich Ihnen heute auch vorhalten.

Ich bleibe bei der Kategorie „versprochen und gebrochen“. Damals haben Sie gesagt, der Betrag für das Jugendfördergesetz steigt wieder. 26 Millionen € waren es, glaube ich. Auch das haben Sie nicht korrigiert. Jetzt haben Sie im Nachtragshaushalt, glaube ich, noch einmal 1,5 Milliarden € eingestellt. Sie hatten ja wohl schon im Haushaltsentwurf 3,4 Milliarden € mehr vorgesehen. 3.400 Millionen € waren es also damals schon. Jetzt kommen noch 1.500 Millionen € hinzu. Das macht zusammen weit über 4.000 Millionen €, die Sie an Mehreinnahmen haben. Und Sie haben den Schneid, immer noch nicht das zu korrigieren, was Sie damals versprochen haben. Dieses Versprechen haben Sie gebrochen. Sie nehmen nicht einmal 25 Millionen € in die Hand, um das Jugendfördergesetz wieder auf einen Stand zu setzen, den Sie damals vor der Wahl versprochen haben. Mit solchen Versprechungen haben Sie sich sozusagen ins Amt „gebombt“.

(Beifall von der SPD)

Das haben Sie am Ende alles vergessen. Das haben Sie auch in diesem Nachtrag nicht korrigiert.

Ich nenne ein weiteres Beispiel, nur damit Sie nicht glauben, wir könnten keine Änderungsanträge mehr stellen oder hätten keine Vorstellungen mehr, wie man eine vernünftige Politik für Nordrhein-Westfalen machen kann, eine Finanzpolitik, die das Land wirklich nach vorne bringt, und zwar auch konzeptionell nach vorne bringt.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Was haben Sie getan? Sie haben die Weiterbildung um 25 % rasiert.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Entgegen allen Versprechungen!)

Bei einer Kürzung um 25 % brechen allerorten, im ganzen Land die Strukturen weg. Jaja, 25 % Luft muss überall drin sein! Dann korrigieren wir das einmal in Ihrem Haushalt, wenn Sie jetzt gerade sagen, 25 % sind ja nicht so viel. Um 25 % haben Sie die Aus- und Weiterbildung rasiert. Da brechen uns die Strukturen weg. Auch in diesem Bereich gibt es jetzt keinerlei Änderung über den Nachtrag, obwohl Sie diese vielen tausend Millionen zusätzlich eingenommen haben.

Die haben Sie nicht verdient. Tun Sie nicht immer so, als ob Sie das verdient hätten. Das fällt Ihnen in den Schoß. Frau Walsken hat Ihnen das ja gerade beschrieben. Es wird auch von allen Finanzwissenschaftlern und allen anderen, die etwas von der Sache verstehen, bestätigt, dass die Konjunktur, von der Sie jetzt profitieren, durch die Reformen der Bundespolitik in der rot-grünen Zeit mit angeschoben worden ist.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sagen Sie der geeigneten Öffentlichkeit bitte auch, dass in der Zeit, in der hier noch anders regiert wurde, als wir noch einen sozialpolitisch orientierten und einen ökologisch orientierten Haushalt hatten, die Steuereinnahmen immer gesunken sind und wir wirklich Schwierigkeiten hatten. Wir mussten sparen. Sie aber sparen das Land an den entscheidenden Stellen kaputt, obwohl Sie Mehreinnahmen haben.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Groth, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Lindner?

Ewald Groth (GRÜNE): Ja, bitte, aber bei Herrn Lindner wird das wieder keine Fachfrage sein.

(Heiterkeit von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte schön, Herr Lindner.

Christian Lindner (FDP): Herr Kollege Groth, weil Sie hier die Erfolge der rot-grünen Reformpolitik auf Ebene des Bundes gelobt haben, will ich Sie fragen, in welchem Zusammenhang dann die Beschlüsse der letzten Landesdelegiertenkonferenz der Grünen – Stichwort „Rücknahme der Hartz-Gesetzgebung“ – stehen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das haben Sie nicht richtig gelesen!)

Ewald Groth (GRÜNE): Herr Lindner, das haben Sie nicht richtig gelesen. Wenn Sie hier in diesem Saal außerdem häufiger anwesend wären, könnten Sie sehr speziell, ich glaube, elf oder zwölf Anträge der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen nachvollziehen

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Denen Herr Laumann zum Teil übrigens zustimmt!)

– richtig, wo Herr Laumann zustimmt –, mit denen wir an den Stellen korrigierend eingreifen wollen, an denen diese Reformen, die im Grundsatz in Ordnung sind, Nachbesserungsbedarf aufweisen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Schlechte Frage!)

Wir haben in unseren Anträgen jeweils sehr differenziert dargestellt, wo wir korrigieren wollen. Aber wir wollen vom Grundsatz her nicht davon abweichen, Herr Lindner. Nehmen Sie das zur Kenntnis.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Gisela Walsken [SPD]: Bumerang, Herr Kollege!)

Es geht darum, das wirklich vernünftig weiter zu konzeptionieren und weiter zu gestalten.

Was haben Sie bei den Schülerfahrtkosten gemacht?

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Kollege Groth, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Frau Löhrmann?

Ewald Groth (GRÜNE): Ja, gerne.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte schön, Frau Löhrmann.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Kollege Groth, Herr Lindner verfolgt unsere Beschlussfassungen zur Armutsbekämpfung so interessiert. Deshalb frage ich: Ist Ihnen bekannt, dass Herr Kuhn in der Generaldebatte, die dazu im Bundestag stattgefunden hat, neben dem Beifall von der Grünen-Fraktion ausdrücklich auch Beifall von der FDP-Fraktion bekommen hat? Ist Ihnen dieser Umstand bekannt?

Ewald Groth (GRÜNE): Frau Kollegin Löhrmann, ich verfolge die Bundestagsdebatte immer, wenn ich kann, live und intensiv. Mir ist natürlich aufgefallen, dass es da eine hohe Übereinstimmung gibt und insbesondere Herr Kuhn an dieser Stelle von der FDP Beifall bekommen hat. Davon will Herr Lindner aber nichts wissen. Der will ja demnächst in den Bundestag und das alles korrigieren. Der will da eine ganz andere Politik machen, wie ich gehört habe.

Spaß beiseite! Herr Möbius, gucken Sie noch einmal unsere Änderungsanträge für den Haushalt 2007 durch.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

– Ja, das ist alles abgelehnt worden. Das weiß ich wohl. Sie haben alles abgelehnt. Sie meinen, wir sollten das im Tagesrhythmus immer wieder neu einbringen. Aber das machen wir nicht. Sie haben alles vorliegen. Wenn Sie es nicht mehr haben,

bekommen Sie das noch einmal von mir. Ich habe die Anträge deshalb extra mitgebracht.

Lassen Sie mich noch einmal zu der Versorgungsrücklage kommen. Der Buchungstrick besteht ja darin, dass Sie die Steuermehreinnahmen, die Ihnen einfach so zugeflogen sind, für die Sie nichts können, jetzt wegbuchen, in die Versorgungsrücklage packen, wodurch die Nettoneuverschuldung im nächsten Jahr natürlich noch nicht ansteigt.

Hätten Sie das nicht getan, würde man heute schon sehr deutlich sehen können, dass die Nettoneuverschuldung nicht sinkt. Sie machen sich immer einen Reim darauf und sagen, Sie hätten die Nettoneuverschuldung gesenkt. Das stimmt auch, das haben Sie mit den Mehreinnahmen getan – aber nicht in dem Maße, wie Sie es versprochen hatten. Wenn Sie das mit der Versorgungsrücklage nicht gemacht hätten, würde die Nettoneuverschuldung im nächsten Jahr wieder um ganze 20 % ansteigen. Das zeigt, was Sie finanzpolitisch mit diesem Land anrichten. Es wird nichts zum Besseren gewendet, ganz im Gegenteil, zumindest ökologisch und sozial auf gar keinen Fall, aber auch finanzpolitisch nicht, weil es keine nachhaltige Finanzpolitik ist, wie wir sie uns vorstellen. – Vielen Dank, meinen Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Groth. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Finanzminister Dr. Linsen.

Dr. Helmut Linsen, Finanzminister: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Groth, Sie sind ja noch jung in Ihrem Amte. Ich frage Sie trotzdem, zu welchen Verbalinjuren Sie wohl greifen wollen, wenn wir tatsächlich einmal eine solche Politik machen würden, wie Sie sie hier konstatiert haben.

Stellen Sie sich einmal vor, wir hätten eine solche Politik gemacht wie Sie in den letzten Jahren, vor allen Dingen seit 1995, als die Grünen sich an der Regierung beteiligten. Für diesen Zeitraum stimmen alle Etiketten, die Sie verwendet haben – aber doch nicht für die Rückführung der Nettoneuverschuldung in einem Maße, wie sie in diesem Hause seit 30 Jahren nicht mehr stattgefunden hat. Sie können doch keine Geschichtsklitterung vornehmen.

(Beifall von der CDU)

Auch wenn Sie das noch einmal versuchen: Die Bevölkerung weiß, dass wir gespart haben

(Gisela Walsken [SPD]: Wo denn?)

und dass wir die Steuermehreinnahmen in jedem Nachtrag, so wie versprochen, in die Rückführung der Nettoneuverschuldung stecken.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Groth?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Aber gerne.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte schön, Herr Groth.

Ewald Groth (GRÜNE): Herr Minister, würden Sie dem Hohen Hause nochmals bestätigen, dass die jetzigen Regierungsparteien vor der Wahl versprochen haben, dass jeder Euro, der mehr eingenommen wird, in die Schuldensenkung gesteckt wird? – Das ist die erste Frage. Ich melde mich gleich noch einmal. Sie können sich vorstellen, wie es dann weitergeht.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Groth, wenn Sie zugehört haben, wissen Sie, dass ich zu diesem Irrtum, dem Sie unterliegen, schon mehrmals Stellung genommen habe. Solange ich hier agiere, habe ich immer gesagt: Bei jedem Nachtragshaushalt wird die Steuermehreinnahme in die Rückführung der Nettoneuverschuldung gehen. Dass wir bei der Aufstellung eines Haushalts – wie in dem für 2008 – zum Beispiel auch für steigende Personalkosten Steuermehreinnahmen brauchen, das ist doch völlig klar.

Bevor Sie die zweite Frage stellen, will ich Ihnen aber gerne die Zahlen klarmachen, damit Ihnen das Bild vielleicht etwas deutlicher wird.

Diese Landesregierung hat für jedes Jahr im Zeitraum 2003 bis 2005 eine Nettoneuverschuldung in Höhe von 6,7 Milliarden, 6,8 Milliarden € übernommen. Wir haben jetzt 2,3 Milliarden € etatisiert. Vielleicht werden wir diesen Betrag noch ein bisschen unterschreiten.

Ich darf vielleicht gleich auf die Kollegin Walsken eingehen. Sie haben hier Zahlen genannt, die nicht stimmen. Wir haben die Nettoneuverschuldung von 6,7 Milliarden, 6,8 Milliarden € auf 2,3 Milliarden € – sehr wahrscheinlich auf noch weniger – reduziert. Das sind nach Adam Riese mindestens 4,4 Milliarden €. In der gleichen Zeit hatten wir Steuermehreinnahmen von 5,5 Milliarden €. Wir haben also sage und schreibe nur

1,1 Milliarden € für die Haushalte aus den Steuern entnommen.

Ich darf einmal zitieren, was Sie hier gemacht haben. Ich nehme den Zeitraum von 1995 bis 2000. Da hatten Sie Steuermehreinnahmen von 4,4 Milliarden € und haben nicht einen Cent in die Rückführung der Nettoneuverschuldung gebracht. Sie haben in dieser Zeit die Schulden erhöht, Frau Walsken. Ich weiß gar nicht, woher Sie die Chuzpe nehmen, sich überhaupt noch hier hinzustellen und diese Regierung irgendwie zu tadeln.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Minister, jetzt liegen zwei Wortmeldungen vor, eine noch einmal von Herrn Groth ...

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Gerne.

Präsidentin Regina van Dinther: ... und eine von Frau Walsken.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Gerne. Das wird ja nicht auf die Zeit angerechnet.

Präsidentin Regina van Dinther: Nein, nein. Das machen wir nicht. – Zunächst hat jetzt Herr Groth das Wort.

Ewald Groth (GRÜNE): Ich ziehe meine Frage zurück. Ich hätte mich noch einmal auf die Höhe der Steuermehreinnahmen und die Senkung der Nettoneuverschuldung bezogen. Es wird sehr deutlich, dass da ein sehr großes Leck ist. Das hat der Finanzminister aber gerade schon wieder versucht zu verschleiern. Ich stelle meine Frage jetzt nicht. – Vielen Dank.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Oh! Da bin ich aber traurig.

Präsidentin Regina van Dinther: Dann, bitte schön, Frau Walsken.

Gisela Walsken (SPD): Herr Finanzminister, Zahlen sind auch Ihr Hobby. Zur Entwicklung der NKE – Nettokreditemächtigung – in Kapitel 20 650, Titelgruppe 325 00: Wenn Sie die einzelnen Zahlen untereinander schreiben, ergibt sich bei der NKE von 2006 zu 2007 eine Differenz von 1,48 Milliarden €, dann von 0,8 Milliarden €, noch einmal von 0,8 Milliarden € und danach von 0,3 Milliarden € bis zum Haushaltsansatz 2008. Wenn ich diese Zahlen addiere – auch der Taschenrechner zeigt diese Zahl an –, ergibt sich eine Entwicklung der Nettokredit-

ermächtigung in den Jahren 2006 bis 2008 in Höhe von insgesamt 3,5 Milliarden € Exakt im selben Zeitraum haben Sie Steuermehreinnahmen von 6,8 Milliarden € – ich unterstelle den Ansatz 2008. Herr Minister, welche Zahlen haben Sie hier vorgetragen?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Ich habe die korrekten Zahlen. Sie müssen sich mit Ihrem Taschenrechner vertan haben.

(Lachen – Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Sie haben uns eine Nettoneuverschuldung von 6,7 Milliarden € hinterlassen. Sie erinnern sich doch? Ist das richtig?

(Gisela Walsken [SPD] [ein Blatt Papier hochhaltend]: Ich kopiere Ihnen das!)

6,7 Milliarden. In diesem Jahr werden wir maximal 2,3 Milliarden € beanspruchen.

(Gisela Walsken [SPD]: Den Nachtrag 2005 dürfen Sie nicht hineinrechnen! Nix!)

Die Differenz beträgt, wenn ich noch richtig rechnen kann – und Sie auch –, 4,4 Milliarden €. Das machen wir lieber privatissime et gratis. Die Zahlen, die ich Ihnen vorgelegt habe, sind jedenfalls die richtigen Zahlen.

Ich komme zu dem, was hier vorgetragen worden ist. Frau Walsken, eigentlich habe ich am Ende Ihrer Rede gedacht, Sie würden sich der Respektbezeugung bzw. dem Lob von Herr Möbius anschließen, denn Sie haben gesagt: Was Ihr da macht, ist richtig, die Versorgungsrücklage wird dotiert. – Sie haben zwar moniert, dass wir das nicht schon ein Jahr früher – 2006 – gemacht haben. Gleichzeitig monieren Sie aber, wenn ich Herrn Groth richtig verstanden habe, dass wir im Jahre 2006 allen Menschen etwas zugemutet haben. Das haben wir. Natürlich.

Wenn Sie sich mehr über den Haushalt 2006 ausgelassen haben, wenn Sie sich über den Landesjugendplan früherer Ordnung oder das Jugendförderungsgesetz ausgelassen haben, dann muss ich sagen: Ja. Wir haben auch bei Frauenhäusern die vierte Stelle gestrichen. Sie haben vergessen, das zu erzählen.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Schlimm genug!)

Aber wir haben es dann eben bei der einen Stelle gelassen, um nicht Strukturen zu zerschlagen. Darauf lege ich großen Wert. Und das ist uns gelungen.

Haben Sie jemals noch irgendetwas von Jugendgruppen gehört? Wir haben nämlich die Förderung umgestellt. Das haben wir als Zweites gemacht. Wir haben die vielen Projektförderungen, die nicht abgefordert wurden – Sie erinnern sich, das waren Ihre Etatposten in Höhe von 75 Millionen € –, auf Gruppenförderung umgestellt und gesagt: Ihr könnt eure Gruppen wieder mehr institutionell fördern. Und seitdem ist Zustimmung in diesen Reihen.

Natürlich hätte gerne jeder mehr; das ist völlig klar. Wenn wir aus dem Füllhorn leben könnten, würden wir vielleicht auch noch ein bisschen mehr machen.

Auch die Beamten haben – Frau Walsken, darauf haben Sie zu Recht hingewiesen – einen erheblichen Konsolidierungsbeitrag geleistet. Ich werde nicht müde, sie dafür auch zu loben, denn ich weiß, was wir Ihnen zugemutet haben. Wäre das nicht geschehen, wäre der Schlamassel so weitergegangen wie zu Ihren Zeiten, das heißt: permanent mehr Schulden machen.

(Beifall von der CDU)

Sie haben allein in den Jahren 2001 bis 2004 ein Viertel der Gesamtverschuldung des Landes draufgelegt. Die explodierte doch nur so. Die Bevölkerung hat uns doch deshalb in die Verantwortung gerufen, weil sie gemerkt hat, dass es so nicht mehr weitergeht. Diesem Auftrag werden wir gerecht werden.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, jede zusätzliche Steuereinnahme fließt in die Rückführung bei der Nachtragshaushaltsaufstellung. Ich habe Ihnen das zwar schon einmal gesagt, trotzdem gehen Sie mit dieser Unwahrheit weiter hausieren! Was stimmt, ist: Wir haben eine Rückführung der Nettoneuverschuldung von 4,4 Milliarden € bei Steuermehreinnahmen von 5,5 Milliarden €.

Sie, Frau Walsken, haben auch gemeint, die Steuereinnahmen würden systematisch heruntergerechnet. Das haben Sie ja auch die Experten in der Anhörung gefragt. Und da darf ich einmal – vielleicht auch für diejenigen, die nicht dabei waren – das Finanzwissenschaftliche Forschungsinstitut an der Universität Köln mit seiner Antwort zitieren:

„Grundsätzlich ist es zu begrüßen, dass erwartete Steuereinnahmen eher behutsam kalkuliert werden. Angesichts der Unsicherheiten, die mit Steuerschätzungen einhergehen, sollte die Anwendung des Vorsichtsprinzips eine Selbstverständlichkeit sein.“

Das RWI schlussfolgert:

„Insgesamt erachten wir die Steuereinnahmen für solide geschätzt.“

Sie bekommen das wirklich von allen Experten um die Ohren geschlagen. Ich will Ihnen auch sagen, worin im Gegensatz zu früher das Verdienst dieses Parlamentes liegt: Dieses Parlament ist mit seiner Mehrheit in der Lage, jede Steuermehreinnahme im Nachtrag voll in die Rückführung der Nettoneuverschuldung zu stecken. Sie dagegen haben hier immer wieder kostenträchtige Anträge gestellt, weil Sie glaubten, im alten Stil weitermachen zu können. Gott sei Dank ist die Sensibilität in der Bevölkerung für Ihre unsolide Finanzpolitik so groß gewesen, dass sie daraus die Konsequenzen gezogen hat. Das war ein Hauptpunkt bei der Wahlentscheidung.

Sie monieren gleichzeitig, dass wir das Haushaltsvolumen ausgedehnt haben. Ich gestehe gerne: Wir geben mehr für die Schulen aus. Wir haben allein 4.880 Lehrer im Zeitraum bis 2007 eingestellt. Das ist der Hauptausgabeposten.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Und wie viele sind ausgeschieden?)

Wir machen im Hochschulbereich mehr als bisher, weil wir uns auf mehr Studenten in diesem Bereich vorbereiten. Wir tun mehr für Kinder und Bildung. Wir haben im KiBiz rund 150 Milliarden € mehr allein im Jahr 2009 und stocken weiter auf: in 2009 auf 1,024 Milliarden € und im Jahre 2010 auf 1,1 Milliarden €. Wir stehen dazu, dass wir im Land bei diesen Aufgaben Prioritäten gesetzt und trotzdem die Konsolidierung in einem Maße vorangetrieben haben, mit dem offensichtlich niemand gerechnet hat. Nicht zuletzt sind neben dem Akzent Bildung, Familie und Kinder Haushaltskonsolidierung und solide Finanzen ein Markenzeichen dieser Koalition. Und dabei bleibt es.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Finanzminister Linssen. – Für die SPD spricht nun noch einmal die Kollegin Walsken. – Frau Walsken, möchten Sie noch einmal?

(Gisela Walsken [SPD]: Nein!)

– Gut. – Dann spricht Herr Kollege Klein für die CDU.

Volkmar Klein (CDU): Wenn man die jetzige Diskussion Revue passieren lässt, dann kann man sagen: Sie hat für uns durchaus einen äußerst beruhigenden Charakter, vielleicht aber auch einiges

an Komik. Auf der einen Seite wirft Frau Kollegin Walsken der Landesregierung vor, sämtliche Erfolge im finanzpolitischen Bereich wären uns durch größere Steuereinnahmen nur so zugeflogen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Die Erfolge gibt es gar nicht!)

Auf der anderen Seite redet Herr Groth davon, das Land würde kaputtgespart, es sei ein richtiger Sparkurs, brachial und und und.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Ist ja nicht wahr! Sie geben mehr aus!)

Mit einem gewissen Amüsement möchte ich mir einmal eine fraktionsinterne Konferenz zwischen den geschätzten Kolleginnen Walsken und Altenkamp zu der Frage vorstellen: Wie viel Sparkurs gibt es jetzt eigentlich?

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Sie sind herzlich eingeladen!)

Passiert jeglicher Erfolg, den die Landesregierung aufzuweisen hat, von ganz alleine, oder gibt es hier einen deutlichen Sparkurs? – Wenn Sie sich auf diesem Niveau streiten, ist das für uns die Bestätigung, dass wir wirklich den richtigen Kurs fahren.

(Beifall von der CDU)

Keiner von uns streitet ab, dass wir mit der wirtschaftlichen Entwicklung erhebliches Glück haben und dass deshalb mehr Steuergelder in die Kasse des Landes kommen. Allerdings – und genau darum tobt doch hier immer eine stundenlange Debatte – haben wir auch den Mut und die Kraft gehabt, hier Entscheidungen zu treffen, die nicht einfach sind, die natürlich Eingriffe bedeuten, die aber nötig sind, wenn wir es schaffen wollen, im Interesse unserer Kinder zu handeln, und das gleich zweifach, nämlich um einerseits die galoppierende Neuverschuldung der Vergangenheit endlich einzudämmen und uns damit eben nicht mehr so generationenungerecht zu verhalten und um andererseits trotzdem noch Geld freizuschaufeln, damit wir wesentlich mehr Geld für Kinder und für Schulen in diesem Lande ausgeben können. Beides ist notwendig.

(Zustimmung von Christian Möbius [CDU])

Wenn jetzt gesagt wird, es gebe auch Mehreinnahmen, die überhaupt nicht in die Reduzierung der Neuverschuldung gesteckt worden seien, dann schauen Sie sich bitte auch einmal die Regeln in diesem Lande, liebe Frau Kollegin

Walsken. Nehmen Sie allein das Gemeindefinanzierungsgesetz als Beispiel!

Wenn das Land mehr Steuereinnahmen erhält – das sind natürlich zum großen Teil Gemeinschaftssteuern –, ist es für uns selbstverständlich und richtig, davon einen entsprechenden Teil sozusagen direkt durchzuleiten und an die Kommunen weiterzugeben. Natürlich ist dieses Geld dann in den Kommunen und nicht mehr für das Land zur Reduzierung der Neuverschuldung nutzbar. Wollen Sie das denn abschaffen? Wir wollen das nicht! Wir halten das für eine richtige Lösung. Abgesehen davon müssen wir von Jahr zu Jahr mehr Zinsen zahlen, weil das Zinsniveau steigt und uns der Riesenberg an Schulden, den Sie hinterlassen haben, von Jahr zu Jahr teurer kommt.

Sie sagen: Aber es wird auch sonst Geld für andere Dinge ausgegeben, beispielsweise für die Pensionsrückstellungen. – Das Finanzwissenschaftliche Forschungsinstitut hat uns nicht nur gesagt, dass diese Entscheidung richtig ist, sondern hat diese Ausgaben richtigerweise mit den regulären Personalausgaben gleichgestellt, die genau die gleiche Funktion erfüllen wie die Beiträge für die gesetzlich rentenversicherten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes. Bisher haben wir – aus beiden Quellen gespeist – insgesamt erst 2 Milliarden € Rücklagen für künftige Pensionsverpflichtungen, jedoch Zusagen in Höhe von 116 Milliarden €. Es gibt immer noch eine riesengroße Lücke, die faktisch eine Staatsverschuldung bedeutet. Die haben wir jetzt zu einem Teil abgebaut.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Dieser Nachtragshaushaltsplan ist ein weiterer Baustein für eine gelungene Finanzpolitik, die eine weniger galoppierende Schuldensteigerung für Nordrhein-Westfalen bedeutet und gleichzeitig Geld freischaufelt, sodass wir für Schule und für Kinder insgesamt mehr ausgeben können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Klein. – Für die SPD spricht nun noch einmal Frau Walsken.

Gisela Walsken (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Beitrag des Kollegen Klein kann man nicht so versickern lassen.

Herr Kollege Klein, ich will noch einmal ganz deutlich machen, worum es hier geht: Ja, die rot-grüne

Landesregierung hat Schulden gemacht, wie übrigens andere – von CDU und FDP geführte – Landesregierungen in anderen Bundesländern auch. Das haben wir zum größten Teil deswegen gemacht, weil die Steuereinnahmen wegbrachen und wir nicht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung entlassen wollten.

Und, Herr Kollege Klein, schon damals haben wir klargemacht, dass zu dem Zeitpunkt, zu dem die Steuereinnahmen wieder fließen, auch andere Haushaltsschwerpunkte möglich sind.

Eines unterscheidet uns von Ihnen, Herr Kollege Klein: Wir haben nicht zulasten von Kindern, Jugendlichen und Familien gekürzt

(Beifall von der SPD)

und gleichzeitig Geld in den Ausbau von Flughäfen und in die Landwirtschaftskammern gesteckt! Das war unser zentraler Vorwurf in den Beratungen 2006 und 2007. Dass Schuldenabbau zum reinen Selbstzweck wird, das ist auch nicht unsere Politik. Wir haben Sie dafür kritisiert, dass Sie falsche Schwerpunkte gesetzt haben. Ich kritisiere den Herrn Finanzminister dafür, dass er damals vollmundig erklärt hat, alle Steuermehreinnahmen würden in den Abbau von Schulden fließen, und zu diesem Zeitpunkt nicht genau hingeschaut hat, was er an Strukturen in der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik kaputt macht. Das war unsere Kritik, Kollege Klein, und dazu stehen wir auch. Man braucht ein gutes, soziales Augenmaß, um zu erkennen, welche Strukturen man in diesem Land zerstört. Das war unser Ansatz.

(Beifall von Norbert Römer [SPD])

Meine Damen und Herren, wenn man 6,8 Milliarden € mehr in der Kasse hat, fällt es erheblich leichter, dafür zu sorgen, dass in der Sozial-, in der Kinder- und Jugendpolitik keine Strukturen zerstört werden, als wenn man auf dieselbe Summe verzichten muss. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen. Sie haben 6,8 Milliarden € Mehreinnahmen. Sie können deshalb andere Schwerpunkte setzen. – Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der CDU: Sie geben schon wieder Geld aus!)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Walsken. – Herr Groth für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun das Wort.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Nein, nun ist Herr Sagel dran!)

– Okay. Dann ist der fraktionslose Abgeordnete Sagel dran.

Rüdiger Sagel¹⁾ (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Dass die neue Landesregierung auf dem richtigen Weg ist, kann man ihr wirklich nicht bestätigen. Ich bestätige Ihnen aber gerne, Herr Linssen, dass Sie gespart haben; das haben Sie von der Opposition heute vielleicht noch nicht gehört. Das Land hat insgesamt 1 Milliarde € bei der Beamtenbesoldung eingespart – im Gegensatz zu dem, was Herr Rüttgers im Jahr 2003 versprochen hatte, nämlich dass er die Kürzungen zurücknehmen würde.

Gespart haben Sie auch bei den Kitas – Stichwort: Elternbeitragsausgleichszahlungen. Sie haben natürlich auch im Sozial- und Jugendbereich massiv eingespart – Stichwort: Landesjugendplan. Keine Frage! Sie haben gespart. Deswegen hat es aber auch die Aufstände im Land gegeben: weil Sie an der falschen Stelle gespart haben.

Auf der anderen Seite haben Sie Klientelpolitik gemacht. Ihre erste Tat war damals, 92 neue Stellen zu schaffen. Die Landwirtschaftskammern haben einen tropischen Subventionsregen bekommen. Vor dem Flughafenausbau wurde ein neuer Subventionstopf eingerichtet. Das ist die Politik, die Sie hier gemacht haben – unter anderem.

Sie haben aber auch nicht wirklich Haushaltskonsolidierung betrieben. Im Vergleich zum Jahr 2004 haben Sie zum Beispiel 7,2 Milliarden € Steuermehreinnahmen. Das ist die Realität. Insgesamt haben Sie die Neuverschuldung auf 118 Milliarden € weiter hochgefahren. Von Konsolidierung kann keine Rede sein, denn Sie haben weiter Milliarden an neuen Schulden gemacht. Das ist die Politik, die Sie hier gemacht haben. Das werden ich und Die Linke weiter kritisieren.

(Lachen von der CDU)

Die „Westfälischen Nachrichten“, eine bekanntermaßen konservative, sehr CDU-nahe Zeitung aus Münster, meine Heimatzeitung, schreibt in ihrer gestrigen Ausgabe: „Staat verschenkt Milliarden. Zu wenige Steuerfahnder und Betriebsprüfer/Weiterer Personalabbau in NRW.“

(Minister Dr. Helmut Linssen: Das ist Bsirskel!)

– Hören Sie doch einmal zu. Können Sie es nicht aushalten, Herr Linssen? – Sie werden offensichtlich unruhig.

„Nach Informationen unserer Zeitung baut das Land im Zuge der Verwaltungsreform trotz der ohnehin bestehenden Personalknappheit in den Finanzämtern weitere Stellen ab. 1.100 Steuerfahnder und Betriebsprüfer akzeptierten bis Freitag vergangener Woche ein Angebot des Landes zur Frühpensionierung oder scheidenden – versehen mit hohen Abfindungen – zum 31. Dezember 2007 aus dem Dienst aus.“

Das schreiben die „Westfälische Nachrichten“. Und sie schreiben auch:

„An der falschen Stelle wird gespart: Durch die lasche Verfolgung von Steuerhinterziehung und fehlende Betriebsprüfungen gehen Bund und Ländern jährlich mehr als zwölf Milliarden Euro durch die Lappen. ‚Allein in Nordrhein-Westfalen lässt sich das Land pro Jahr über eine Milliarde Euro an Steuern entgehen‘ ...“

Das, was Sie hier machen, ist staatlich organisierte Steuerhinterziehung. Das ist es, was Sie hier organisieren. Das ist die Politik, die Sie hier im Land machen.

Da kann ich nur sagen: Da muss einiges anders werden. Denn die Steuern, die vereinnahmt werden müssten, werden nicht vereinnahmt, weil Betriebsprüfungen nicht stattfinden. Sie sorgen genau mit diesem Personalabbau an der völlig falschen Stelle dafür, dass diese Prüfungen nicht stattfinden, und genau das muss geändert werden. Ich fordere Sie auf: Lassen Sie diese Betriebsprüfer im Amt. Stellen Sie mehr Steuerfahnder und Wirtschaftsprüfer ein.

Es ist bereits im Rahmen der Anhörung vom Bund der Steuerzahler und von der Deutschen Steuer-Gewerkschaft kritisiert worden, dass Sie über 600 Leute zu wenig ausbilden. Das heißt, Sie schreiben diesen Zustand auch in die Zukunft fort.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Rüdiger Sagel¹⁾ (fraktionslos): Sie machen hier eine Standortpolitik zugunsten der Unternehmen in Nordrhein-Westfalen, und zwar zugunsten derer, die sowieso schon Milliardengewinne machen. Das ist Ihre Politik hier in diesem Land, und das ist zu kritisieren.

An anderer Stelle, nämlich im Sozialbereich, im Kinder- und Jugendbereich und in vielen anderen Bereichen, in denen es um die Eltern, die Kinder, die Beamten und Angestellte hier im Land geht, kürzen Sie. Sie kürzen bei den kleinen Leuten,

lassen aber die Großen laufen. Das ist Ihre konkrete Politik, Herr Linssen.

Präsidentin Regina van Dinter: Meine Damen und Herren, Herr Groth hat sich noch einmal gemeldet.

Ewald Groth (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst auf Herrn Klein eingehen. Denn ich fand es erstaunlich: Die großen Ausgabenblöcke, die jetzt plötzlich über Sie hereinbrechen, obwohl Sie sie gar nicht eingeplant haben, sind nicht die steigenden Zinslasten. Diese sind marginal, Herr Klein, und das wissen Sie doch auch. Versuchen Sie nicht, der geneigten Öffentlichkeit hier Sand in die Augen zu streuen.

Sie sparen nicht wirklich in diesem Haushalt. Ich habe Ihnen auch nicht gesagt, dass Sie einen strengen Sparkurs fahren. Was Sie tun, ist vielmehr, dass Sie das höchste Ausgabevolumen erzeugen, das wir jemals in Nordrhein-Westfalen hatten. Wir haben den höchsten Ausgabestand seit jeher. Und das haben Sie zu verantworten. Also, hier wird nicht ernsthaft gespart. Was Sie vorlegen, ist unsolid.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn Sie allerdings sparen, sparen Sie an der falschen Stelle. Aufgrund von Einsparungen an der falschen Stelle mit marginalen Beträgen brechen uns die Strukturen zusammen. Sie machen unsoziale und unökologische Politik, die die Armen, die Kinder und das Klima trifft. Sie sparen an den kleinen Beträgen, und das hätten Sie verhindern können. Das hätten Sie mit dem Nachtragshaushalt anders machen können. Das haben Sie hier und heute aber nicht korrigiert.

(Beifall von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Deshalb meine ich, dass Sie nicht wirklich sparen. Es ist auch nachweisbar, dass Sie das höchste Ausgabevolumen zu verantworten haben, und Sie führen die Nettoneuverschuldung nicht in dem Maße zurück, wie Sie es eigentlich tun könnten.

Noch eines, Herr Klein: Sie suggerieren, wir würden irgendwelche Vorschläge zu den Gemeinschaftssteuern und zum kommunalen Finanzausgleich machen. Da muss ich schon sagen: Es geschieht ja nicht aus Gnade, wenn Sie den Kommunen etwas geben. Es sind Gemeinschaftssteuern, und es ist grundgesetzlich garantiert, dass wir da teilen müssen. Wenn Sie den Kommunen 23 % geben – und das tun Sie eigentlich gar nicht mehr richtig; das ist ja nicht einmal mehr ein Vier-

tel –, dann müssen Sie der geneigten Öffentlichkeit auch mitteilen, dass das Land drei Viertel der Mehreinnahmen für sich selbst behält. Das heißt, Ihre Mehreinnahmen aus den Steuern des Landes sind dreimal so hoch wie die Summe, die Sie an die Kommunen überweisen müssen.

Noch eines: Sie sind doch die Koalition, die im letzten Jahr bei den Kommunen mindestens 500 Millionen € abkassiert hat. Sie haben sich auf Kosten der kommunalen Knochen bereichert. Und das tun Sie in einem Land, in dem sich viele Kommunen in der Haushaltssicherung befinden und manche sogar nur noch Nothaushalte fahren können. Das heißt, Sie sind doch diejenigen, die den Kommunen nicht das geben wollen, was ihnen zusteht. Sie rasieren sie vielmehr um 500 Millionen €, und in der Anhörung ist sogar gesagt worden, dass der Betrag inzwischen bei 1 Milliarde € liegen könnte.

Wo kommen die 500 Millionen € her? – Ich will Ihnen noch einmal drei Bereiche nennen, wo Sie sich bei den Kommunen bedienen und mithilfe derer Sie sich selber zu sanieren versuchen: Das sind die vier Siebtel Grunderwerbsteuer, die in den Verbund nicht mehr eingebracht werden. Das ist die Krankenhausfinanzierung, und das ist zusätzlich die Überzahlung bei der Gewerbesteuerumlage.

Das heißt, Ihre Politik ist nicht nur unsozial und richtet sich nicht nur gegen die Kinder und Armen im Land sowie gegen das Klima, sondern sie richtet sich auch gegen die Kommunen. Sie trifft speziell Kommunen mit eher einkommensschwacher Bevölkerung. Das sieht man bei der Elternbeitragsausgleichsregelung im Kindertagesstättenbereich und bei anderen Problemen.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Der Nachtragshaushalt in Nordrhein-Westfalen führt uns nicht in die Zukunft. Er zeigt uns, dass die letzten zweieinhalb Jahre das Land Nordrhein-Westfalen nicht vorangebracht haben. Das ist eine unsolide Finanzpolitik. Wir werden dem Nachtragshaushalt so nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Groth. – Nun ist noch einmal Herr Finanzminister Dr. Linssen dran.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur

kurz etwas zu Herrn Groth sagen, weil er das E-lend der Kommunen beklagt hat.

Tatsache ist, dass die Kommunen im Jahre 2007 über 900 Millionen € mehr bekommen als 2006. Davon muss man 110 Millionen € für die Krankenhausbeteiligung, die wir von 20 auf 40 % erhöht haben, und die 160 Millionen € – das sind die vier Siebtel Grunderwerbsteuer, die in der Verbundmasse nicht mehr enthalten sind; Sie haben es erwähnt – abziehen. Das macht zusammen 270 Millionen €. Der Saldo beträgt dann nach Adam Riese über 630 Millionen €, das ist die Summe, die die Kommunen in 2007 gegenüber 2006 zusätzlich erhalten.

Ich darf Ihnen vielleicht direkt die Zahl für 2008 nennen: Die Kommunen bekommen ohne Abstriche 858 Millionen € mehr als im Jahre 2007. Deshalb ist die Zustimmung bei den Kommunen zu dieser Finanzpolitik auch groß, und darüber freue ich mich.

(Beifall von der CDU – Lachen von SPD und GRÜNEN)

Liebe Frau Walsken, ich komme auf Sie zurück, damit Sie es beim zweiten Mal vielleicht noch besser verstehen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ein bisschen mehr Leidenschaft, Herr Linssen!)

Wir haben im Gegensatz zu Ihnen bei der Nettoverschuldung Einsparungen vornehmen können. Während Ihrer Regierungszeit machte die Nettoneverschuldung das Doppelte dessen aus, was von der Verfassung überhaupt genehmigt war: Ihre Nettoneverschuldung belief sich auf 6,7 bis 6,8 Milliarden € bei einer Verfassungsgrenze von 3,2 bis 3,3 Milliarden €. Sie haben seit dem Jahre 2001 jeden Haushalt im Vollzug gegen die Verfassung gefahren. Das sei Ihnen noch einmal ins Stammbuch geschrieben.

(Beifall von CDU und FDP)

Zu den von mir genannten Mehreinnahmen, bei denen Sie moniert haben, dass wir sie nicht voll für die Reduzierung der Nettoneverschuldung einsetzen, ist zu sagen: Sie müssen das abziehen, was die Kommunen über das GFG von diesen Steuermehreinnahmen – das vergessen Sie immer ganz bewusst – bekommen, nämlich 23 %; das sind allein 1,2 Milliarden €. Ihre Rechnung ist und bleibt also ein Milchmädchenrechnung, Frau Walsken.

(Beifall von der CDU)

Ich habe lange überlegt, ob ich zu der Einlassung des Kollegen Sagel überhaupt etwas sagen sollte. Er zitiert die „Westfälischen Nachrichten“ und erklärt immer, das sei ein konservatives Blatt, um seine Glaubwürdigkeit zu erhöhen. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass die Zeitung eine Presseveröffentlichung von Herrn Bsirske, der bekanntlich bei ver.di angesiedelt ist, zitiert. Er hat eine große Pressemitteilung zu diesem Thema herausgegeben, in der er erklärt hat, wie viel Geld man doch bekommen könnte, um den Beamten mehr zu geben, wenn man nur genügend Steuerprüfer einstellte. Hinzugefügt hat er, wir reduzierten in der Finanzverwaltung in einem ungeheuren Maße.

Ja, der Personalkörper wird verkleinert, aber nur entsprechend Ihrer kw-Vermerke, die Sie, Herr Sagel, damals mit beschlossen haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Es ist schon unglaublich, hier dann solche Tiraden loszulassen, wie Sie das gerade getan haben, und zwar mit dem Vorwurf, wir machten Klientelpolitik für die Reichen, indem wir sie nicht prüften. – Wir prüfen. Unterstellen Sie bitte nicht den Finanzbeamten dieses Landes, sie handelten contra legem! Nein, Sie arbeiten sehr ordentlich.

(Beifall von CDU und FDP)

Ihre Ausbringung von kw-Vermerken – „künftig wegfallend“ heißt das; ich erkläre das für diejenigen, die nicht so im Stoff sind – ging zurück auf die von Ihnen eingerechnete Vergrößerung des Arbeitsvolumens für den Einzelnen, weil, wie Sie argumentiert haben, Beamte künftig statt 38,5 Stunden 41 Stunden arbeiten müssten. Sie, Herr Sagel, haben das mit beschlossen. Diese kw-Vermerke werden jetzt realisiert, damit, so wie Sie es angedacht haben – das war auch richtig –, das Arbeitsvolumen wieder auf den alten Stand zurückgefahren wird. Mehr machen wir nicht. Das ist zulässig, es ist richtig und im Zuge einer effizienten Verwaltung, worüber wir uns sicherlich noch öfter unterhalten werden, auch im Interesse des Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5240**, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Wer dem zu-

stimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Das sind Bündnis 90/Die Grünen, die SPD und der Abgeordnete Sagel. Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und der **Gesetzentwurf Drucksache 14/4460 in zweiter Lesung verabschiedet.**

Meine Damen und Herren, gemäß § 73 Abs. 2 der Geschäftsordnung sind Gesetzentwürfe zum Haushaltsgesetz in drei Lesungen zu beraten. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die dritte Lesung des Nachtragshaushaltsgesetzes unmittelbar im Anschluss an die zweite Lesung durchzuführen. Beratungsgrundlage für die dritte Lesung ist die Beschlussempfehlung und der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung Drucksache 14/5240. Eine Debatte ist in der dritten Lesung nicht vorgesehen.

Wir kommen deshalb unmittelbar zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 14/4460. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung Drucksache 14/5240, den Gesetzentwurf zum Nachtragshaushaltsgesetz unverändert anzunehmen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Das sind SPD, die Grünen und Herr Sagel. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5240 angenommen** und somit der **Gesetzentwurf Drucksache 14/4460 in dritter Lesung verabschiedet.**

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, ich darf auf zwei Vorgänge zurückkommen, die sich während der Debatte zum KiBiz ereignet haben.

Die Abgeordnete Asch von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat während der Rede des Herrn Minister Laschet einen Luftballon mit der Aufschrift „Heiße Luft“ im Plenum aufsteigen lassen. Dieses Verhalten ist eine gröbliche Verletzung der parlamentarischen Ordnung und der Würde des Parlaments.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich habe deshalb mit Frau Kollegin Asch und der Fraktionsvorsitzenden Frau Löhrmann darüber in einer persönlichen Unterredung gesprochen. Ich habe ihr mitgeteilt, dass weder der sitzungsleitende Präsident Keymis noch ich bereit sind, ein solches Verhalten widerspruchslos hinzunehmen. Frau Asch hat sich daraufhin entschuldigt und zugesagt, ähnliche Aktionen in Zukunft zu unterlassen.

(Unruhe von CDU und FDP)

Dann gab es einen weiteren Vorfall. Der Abgeordnete Sagel hat einen unparlamentarischen Ausdruck verwendet, den ich unmittelbar nach dessen Gebrauch während der Debatte in meiner Funktion als sitzungsleitende Präsidentin gerügt habe. Daraufhin hat der Abgeordnete Sagel sich über meine Rüge hinweggesetzt und unter Missachtung meiner Rüge den unparlamentarischen Ausdruck wiederholt.

Ich sehe bei diesem Verlauf in doppelter Hinsicht ein unparlamentarisches Verhalten. Zum einen entspricht es nicht der Würde des Parlaments, in dieser Weise der sitzungsleitenden Präsidentin zu widersprechen. Zum anderen kann man sich auch nicht über eine Rüge hinwegsetzen. Ich weise daher darauf hin, dass ich nicht bereit bin, ein solches ungebührliches Verhalten hinzunehmen, und dass ich bei einem erneuten Verstoß den betreffenden Abgeordneten von der Sitzung ausschließen werde.

(Beifall von CDU und FDP sowie Oliver Keymis [GRÜNE])

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

5 Schlaglöcher in der Datenautobahn: Infrastruktur für Innovationswettbewerb herstellen, Breitband für alle jetzt!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/5216

Ich eröffne die Diskussion und gebe Herrn Eumann von der SPD-Fraktion das Wort.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Vizepräsident Edgar Moron: Meine Damen und Herren, wenn Sie sich wieder beruhigt haben, können wir dem Redner, Herrn Eumann, zuhören. – Bitte schön, Herr Eumann.

Marc Jan Eumann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Unruhe)

– Ich bin sehr dankbar für die Aufmerksamkeit der Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne.

Es geht zugegebenermaßen um ein technisch sperriges Thema, nämlich darum, dass eine digitale Infrastruktur für die Innovationsfähigkeit unserer Gesellschaft ebenso wichtig ist wie eine gut ausgebaute Infrastruktur auf der Schiene, auf der Straße, zu Wasser und in der Luft.